

Nachschlag für Schulen und Straßen

Sven Liebhauser erklärt das neue Förderprogramm des Bundes und des Landes. Die Gäste sehen den ländlichen Raum im Nachteil.

Von Sylvia Jentsch

Hartha. Es gibt ein neues Förderprogramm, dessen Namen kaum jemand aussprechen kann. Es ist das Investitionskraftstärkungsgesetz. „Ich hoffe, dass so viel dahinter steckt, wie das Wort sagt“, so der Vorsitzende des CDU-Stadtverbandes Günter Roßberg. Um genau zu erfahren, was hinter dem Förderprogramm des Bundes und des Landes steckt, hatte er den CDU-Landtagsabgeordneten Sven Liebhauser zur öffentlichen Sitzung eingeladen.

Insgesamt kommen den Kommunen in Sachsen zusätzlich zu anderen Förderprogrammen 800 Millionen Euro zugute. Die Förderung beträgt für die einzelnen Maßnahmen 75 Prozent. Die Kommunen müssen einen Eigenanteil in Höhe von 25 Prozent aufbringen. Dafür kann auch das Geld aus der Investitionspauschale genommen werden. Die Stadtverwaltung hat eine Liste für die Vorhaben aufgestellt, für die das Fördergeld verwendet werden soll. „Wir haben zunächst überlegt, für welche Maßnahmen es keine sogenannte Fachförderung gibt. Dazu gehören unter anderem Erhaltungsmaßnahmen am Bauhof oder die Straßenbeleuchtung. Auch Vorhaben, für die es nur eine geringe finanzielle Unterstützung gibt, sollten mit auf die Liste. Das sind Sanierungsmaßnahmen für Kindergärten, Schulen und Straßen. Wir wollen die Möglichkeiten des Förderprogramms optimal auslasten“, so Bauamtsleiter Ronald Fischer. Die Maßnahmenliste wurde in den Ausschüssen beraten und soll zur Stadtratssitzung beschlossen werden.

Fast 700 000 Euro

Der Stadt Hartha stehen aus dem Investitionskraftstärkungsgesetz insgesamt 667 000 Euro zur Verfügung. Kämmerin Barbara Müller machte deutlich, dass sie nach der Ankündigung des Bundes im vergangenen Jahr, ein neues Förderprogramm aufzulegen, mehr erwartet habe. „Wir konnten über Jahre die Oberschule nicht sanieren. Dort haben wir einen enormen Investitionsstau. Da wir uns für die Realisierung von kleineren Maßnahmen entschieden haben, können wir auch wieder keine großen Sanierungen vornehmen“, so Barbara Müller. Auch die CDU-Stadträte Albrecht Günter und Christian Zimmermann kritisierten, dass bei dem Förderprogramm der ländliche Raum benachteiligt wird. „Wir mussten einen Kompromiss finden. Mit dem Geld aus dem Finanzausgleich soll die Benachteiligung etwas ausgeglichen werden“, so Liebhauser.